Einzelnummer 50 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Für auswärts monatlich M. 1200.— einschl. Zutragegebühr. Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 1400.— und Bestellgebühr. Auslandsversand: monatlich M. 1400.— und Drucksachen-Porto. — Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 7000—17092. Anzeigen- u. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M 70.—, für auswärt. Inserent. M. 115.—. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. die mm-Zeile M. 15.—. Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 35.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 30.—, amtl. Bekanntmachungen, Doppel-mm-Zeile M. 140.—, für auswärt. M. 250.—, Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 350.—, für auswärtige M. 500.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 2004. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 5600—5603.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 22 | Freitag, den 26. Januar 1923 | 117. Jahrgang

Ein Urteil mit Klarheit

A. V. Leipzig, 24. Januar

Das Unrecht sanktioniert sich selber dadurch als Unrecht, daß es mit Vorliebe unter der Maske des Rechtes auftritt. Es fühlt seine schwache moralische Seite und kann daher nicht wagen, sich in seiner Blöße zu zeigen. In der Order zur Einführung des preußischen Landrechts sagt Friedrich der Große, daß der ungerechte Richter schlimmer ist als der Straßenräuber; denn dieser begeht offen Gewalt. Daß er sich außerhalb des Rechtes stellt, ist sein Trotz; während jener sich gerade unter den Mantel des Rechts steckt, um das Gegenteil von Recht verüben zu können. Immerhin: der eine wie der andere ist in seiner Art ein Kerl. Lächerlich aber wirkt es, wenn einer neben den Allüren der Brutalität auch noch die ganz anderen Allüren des Rechts anzunehmen versucht. Mit aufgepflanztem Seitengewehr wird der codex hereingebracht, auf den die uniformierten Richter sich niederlassen, um das kundzutun, was das Gegenteil von der Gewalt sein soll: das Recht. Auch am Präsentieren fehlt es nicht im Gerichtssaal, und so wird unter Griffekloppen ein Urteil fabriziert. Was mögen die Angeklagten, bei denen es gewiß schon sehr lange her ist, daß sie einmal ein Seitengewehr aufpflanzten, für Augen gemacht haben, als sie wahrnahmen, daß die Franzosen sich derart vor ihnen fürchten, daß sie das Zimmer mit kriegsmäßig bewaffneten Soldaten anzufüllen für ratsam hielten! Nun — diese Maßnahmen haben sich jedenfalls bewährt: sämtliche französischen Rechtsakrobaten sind gänzlich unversehrt aus dem Verhandlungssaal zurückgekehrt.

Die französischen Richter, die das Urteil über die vergewaltigten deutschen Zechenbesitzer finden mußten, sind in Wirklichkeit die juristischen Verteidiger der Pariser Regierung gewesen, deren Gewaltakt sie unter die Normen des Gesetzlichen zu bringen hatten. Da dies nun aber schlechterdings nicht gut möglich war, wandten sie die umgekehrte Methode an: sie renkten die rechtliche Gestalt unter die Definitionen des Unrechts. Krieg ist Krieg; es läßt sich gar nichts dagegen sagen, wenn in einem vom Feind besetzten Gebiet die Einheimischen nach dem Recht behandelt werden, das hier gilt, und dieses ist im Krieg das der Besatzungsmacht. Thyssen und seine Freunde müßten sich fügen, wenn — Krieg wäre. Aber wir meinten ja alle bisher, es sei — formal wenigstens — Frieden. Daß er keine kriegerische Aktion beabsichtige, hat Herr Poincaré bei Beginn der Besetzung nach allen Himmelsrichtungen hinausgeschrien, an alle. An alle hat er verkündet, daß er nur den Frieden durchsetzen wolle, den Frieden von Versailles. Und Dutzende von Ingenieuren wurden als Reisende gesandt mit dem Auftrag, „rein wirtschaftliche Maßnahmen" durchzuführen. So weit war alles klar. Nun aber instruierte Marschall Foch diese Wirtschaftsreisenden, und gleichzeitig mit ihnen rollten hundert Militärzüge nach Deutschland. Geschütze und Tanks als Gepäck der Wirtschaftsingenieure — verstehe das, wer mag. Die Welt stak plötzlich in völliger Unklarheit. Aber immer wieder beschwichtigte sie Herr Poincaré: alles nur „wirtschaftliche Maßnahmen!" Die deutschen Großindustriellen des Ruhrgebiets, die vielleicht einiges von der Wirtschaft verstehen, standen vor neuen Problemen.

Nun aber ist Klarheit geschaffen: einem Urteil ist das zu danken, und dieses Urteil hat nicht ein Handelsgericht gesprochen — sondern ein Kriegsgericht! Ein französisches Kriegsgericht auf deutschem Boden mitten im Frieden. Wo ein Kriegsgericht ist, da herrscht militärische Befehlsgewalt. Daß die deutschen Zechenbesitzer verurteilt sind, ist nebensächlich gegenüber der Klarheit, mit der dieses Urteil die Wirklichkeit einer militärischen Aktion feststellt. „Wirtschaftliche Maßnahmen" hat Herr Poincaré immer mit denkbar größtem Eifer betont. Sehr klug antwortete ihm der deutsche Reichskanzler, daß diese krampfhafte Versteifung auf die „wirtschaftlichen Maßnahmen" gar nichts anderes bedeute, als eine Desavouierung politischer Maßnahmen aus schlechtem Gewissen heraus. Und nun kommt das französische Kriegsgericht, an der Spitze ein Gendarmerie-Oberstleutnant, welcher Depeuigny heißt, das Seitengewehr aufpflanzen, präsentieren läßt und endlich mit Pauken und Trompeten verkündet: wir, die Begleiter der Ingenieure, wir stehen hier als „Besatzungstruppe". Das hat sich der Staatsmann Poincaré, da er seine „wirtschaftlichen Maßnahmen" ergriff, wohl nicht träumen lassen, daß ein tumber Kriegersmann ihm das Konzept verdirbt, den er selber ausgeschickt hat! Der Soldat ist nun einmal ein ehrlicher Kerl; es ist nicht das erstemal, daß er dem Denker seine Kreise zertritt.

Warum legte denn Herr Poincaré so großen Wert auf unpolitischen, und vor allem auf den unmilitärischen Charakter des Ruhr-Unternehmens? Weil er mit solchen Maßnahmen bei seinen eigenen Verbündeten nirgends Anklang fand. Wie ein Knabe vor dem Lehrer die Zigarette versteckt, so verleugnete der Ministerpräsident des siegreichen Frankreichs vor Amerika die Zahl der ins Ruhrgebiet geschickten Truppen. Bonar Law hat ihm zu seinem Unternehmen „Glück gewünscht", wie man das tut, wenn man jemanden nicht zurückhalten kann und ihn wenigstens allein in eine Dummheit rennen läßt. Blieb (außer dem kleinen Belgien) Italien, das nationalistischen Kraftäußerungen gewiß nicht abgeneigt ist. Aber der tolle Mussolini hält plötzlich zurück und verkündet heute vormittag im Ministerrat, daß „Italien sich der Teilnahme an Beschlüssen enthalten werde, die Zwangsmaßnahmen politischen Charakters enthalten". Und wie zur Antwort führt am Nachmittag der französische Kriegsgerichtsrat in Mainz aus, daß Essen militärisch besetzt ist und daß Thyssen und Konsorten nach dem französischen Gesetz französische Franken zu bezahlen haben. Nun herrscht in Washington, in London und in Rom alle nur denkbare Klarheit über Paris; das Mainzer Urteil hat sie geschaffen.

Der französische Anklagevertreter hat anerkannt, daß die Angeschuldigten einer hohen moralischen Pflicht Folge geleistet haben. Die französischen Wachen bis an die Zähne bewaffnet dabei! Ach, das muß ein armer Mann sein, der einen, dessen Moral er anerkennt, mit aufgepflanztem Seitengewehr vorführen zu lassen, das Amt hat. Wenn auf der einen Seite die Moral steht, auf der anderen die Waffe, so richtet sich doch wohl die Waffe gegen die Moral, und ist die Waffe Unmoral. Das ist eine weitere Klarheit, die aus diesem Urteil leuchtet. Moralisch haben die Franzosen sich selbst verurteilt. Und wir, die wir stets davor warnen, daß die Deutschen die Gefahr des französischen Unternehmens ja nicht etwa unterschätzen mögen, können, ja müssen sogar für Deutschland den Erfolg verzeichnen, daß Frankreich mit der Klarheit, die dieses Urteil auf den Charakter seines Unternehmens geworfen hat, Deutschland in der einzigen Abwehr, die ihm verblieben ist, der moralischen, einen wirklich großen Dienst erwiesen hat.

Fehlbetrag des Reiches 1600 Milliarden

Budgetrede des Reichsfinanzministers Dr. Hermes

Deutscher Reichstag

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 25. Januar.

Im Reichstag begann heute die erste Lesung des Etats mit einer großen Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hermes, der gleich bei Beginn betonte, daß die Zahlen des Etats kaum irgendwelchen positiven Wert haben, da, wie Lloyd George zutreffend gesagt habe, der gewandteste Finanzminister unmöglich sein Budget einer Währung anpassen kann, die, während er sich niedersetzt, um seine Entwürfe aufzuschreiben, unter dem Horizont verschwunden ist, bevor er von dem Schreibtisch aufsteht. Um ein Vielfaches verschärft hat sich die Katastrophe, seit dem in letzter Zeit verübten Attentat der Gewalt gegen das Recht, das alle Bemühungen um Ordnung der Reichsfinanzen, der Währung und Wirtschaft von neuem erschüttert hat, ebenso wie die Aussichten auf Reparationsleistungen an unsere Gläubiger. Der Haushaltplan, dessen Aufstellung pflichtgemäß schon vor einer Reihe von Monaten in Angriff genommen werden mußte, hat also nach dem heutigen Stand der Dinge nur noch die Bedeutung eines Programms. Fast alle Ansätze werden wesentlich erhöht, neue Posten müssen eingesetzt werden. Sicher ist nur, daß der Haushalt für 1923 ein weiteres starkes Abwärtsgleiten anzeigt. Die Veranschlagungen haben bereits in den Monaten August und September vorigen Jahres stattgefunden, also unter völlig andern politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen als heute. Nicht berücksichtigt sind sämtliche Erhöhungen der Bezüge der Reichsbediensteten nach dem 15. November und nicht die Zuschüsse an Länder und Gemeinden. Auf der Einnahmeseite sind nicht veranschlagt die Mehrerträgnisse aus den Steuern infolge der weiteren Geldentwertung und die Mehrerträge aus den erhöhten Post- und Fernsprechgebühren und der Eisenbahntarife. Endlich sind die Ausgleichsfonds der allgemeinen Reichsverwaltung, der Betriebsverwaltungen und des Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrages nicht so dotiert, daß sie den bei der heutigen Preislage entsprechenden Geldbedarf decken. Im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung gleichen sich Einnahmen und Ausgaben mit 732 Milliarden Mark aus. Im außerordentlichen Haushalt bleibt ein ungedeckter auf Anleihe zu nehmender Ausgabebedarf von 66 Milliarden.

Der Reichsfinanzminister führt dann eine Reihe weiterer Zahlen aus dem Etat an und stellt fest, daß der außerordentliche Haushalt der Reichsbahn mit einem Anleihebedarf von rund 284 Milliarden abschließt, der der Post mit 84¼ Milliarden. Für die Ausführung des Friedensvertrages ergibt sich ein Ausgabebedarf von 206 Milliarden. Infolge der Besoldungsaufbesserung vom 16. November, der Erhöhung des Ausgleichsfonds sowie der Mehraufwendungen für soziale Ausgaben wird sich der Ausgabenbedarf auf

rund 3500 Milliarden Mark

belaufen. (Lebh. Hört! Hört! im ganzen Hause.) Einschließlich der voraussichtlichen Mehreinnahmen kann demgegenüber das Gesamtergebnis der Zölle und Steuern auf 1900 bis 2100 Milliarden Mark geschätzt werden. Es entsteht also im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung ein Fehlbetrag von 1400 bis 1600 Milliarden Mark. Wie sollen sich die Dinge nun erst gestalten im Hinblick auf die durch die Besetzung des Ruhrgebietes doppelte Erschwerung unserer Kohlenwirtschaft und unserer gesamten Privat- und Staatswirtschaft? Die letzten gewaltigen Preissteigerungen sind die unmittelbare Folge des neuen Marksturzes und dieser wiederum die Folge der Ruhrbesetzung.

Der Reichsfinanzminister bespricht dann

die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebietes

die durch den Verlust Oberschlesiens und die Entziehung der Saarkohle noch wesentlich an Wichtigkeit gewonnen hat. Die im Kriege zurückgegangene Förderung der Ruhrkohle konnte durch die Erhöhung der Belegschaften wieder gesteigert werden. Der französische Eingriff führte einen jähen Wandel herbei. Es besteht nicht nur die Gefahr, daß die Förderung abnimmt und die Zuführung der Ruhrkohle in das nichtbesetzte Gebiet geringer wird, sondern auch die Gefahr, daß der ganze Mechanismus des Ruhrgebietes und damit das Herz unserer Wirtschaft ins Stocken gerät. (Lebh. Zustimmung im Hause.) Nach bestimmten wirtschaftsimperialistischen Plänen streckt Frankreich die Hand nach diesem deutschen Lebenszentrum Deutschlands aus. Die Absicht der französischen Imperialisten geht dahin, im westlichen Wirtschaftsgebiet eine Vereinigung von Eisen, Erz und Kohle unter französischer Führung aufzurichten, die eine weit größere Bedeutung haben würde, als die hervorragende Stellung, die die deutsche Schwerindustrie vor dem Kriege errungen hatte. Durch die Ruhrbesetzung und die dadurch bewirkte neue Geldentwertung wächst natürlich auch unsere schwebende Schuld. Der Reichsminister gibt die näheren Zahlen über das Ausmaß der Störung des deutschen Finanzwesens durch den Gewaltakt an der Ruhr und sagt, daß sich ein Ueberblick noch nicht gewinnen lasse. Der Versuch der Besatzungsarmee, die Kohlensteuer und die Zölle an sich zu bringen, wird von uns mit allen Mitteln bekämpft werden. (Lebhafter Beifall.) Aber schon der Versuch der Beschlagnahme muß auf die Einnahmen schädlich einwirken. Zu den Mindereinnahmen gesellen sich auch die Ausgaben zur Beseitigung der durch die Besetzung entstehenden Schäden. Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen mit einer größeren Kreditvorlage zur Beseitigung der wirtschaftlichen

Schäden der Ruhrbesetzung

an den Reichstag herantreten. Da klingt es wie ein Hohn, wenn Herr Poincaré in seiner Kammerrede zur Rechtfertigung des Gewaltaktes erklärt: „Wir wollen auch Deutschland zur Durchführung von Reformen zwingen, die unsere Finanzen retten und die Mark stabilisieren sollen." (Lebhaftes Gelächter.) Groß sind die Leiden der Bewohner des Ruhrgebietes. Die an sich nicht überreichlichen Lebensmittel wurden zum Teil von den militärischen Eindringlingen mit Beschlag belegt. (Pfui-Rufe.) Die ohnehin schon außerordentlich hohen Preise werden weiter stark hinaufgetrieben. Im ganzen Reiche regt sich eine hochherzige Hilfsbereitschaft. Sie darf sich jedoch nicht auf die Hergabe von Geld und Lebensmitteln beschränken.

Außerdem soll ein Notgesetz eingebracht werden, das sich mit Enthaltsamkeitsmaßnahmen beschäftigt und dem Luxus zu Leibe gehen will. Für die Sicherstellung der Kinderernährung soll ein Kredit von 3 Milliarden angefordert werden.

Der Reichsminister schließt mit der Erklärung, daß Deutschland bereit sei, über eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage zu verhandeln, sobald die Gewalt dem Recht gewichen ist. Heute sei das Gebot der Stunde Einigkeit und Entschlossenheit. Es gehe um Sein oder Nichtsein der Nation.

*

Vor der Rede des Reichsfinanzministers hatte Präsident Loebe bei Eröffnung der Reichstagssitzung Sympathietelegramme des Tiroler Landtages, der Stadtverwaltung Prag und der deutschen Abgeordneten des italienischen Parlaments aus Anlaß der Ruhrbesetzung verlesen. Ferner war das deutsch-amerikanische Abkommen über die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Ansprüche Amerikas an Deutschland aus dem Versailler Vertrag debattelos in allen drei Lesungen angenommen worden.

Ein „militärischer Diktator"

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 25. Januar.

Die Nachricht des Tages ist hier die gestern erfolgte Abreise des Ministers der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer und des Generals Weygand nach dem neubesetzten Gebiet Deutschlands. Sie werden, wie verlautet, in Mainz, Koblenz, Düsseldorf und Essen Aufenthalt nehmen, um der Regierung dann über die Lage Bericht zu erstatten und Maßnahmen für die weitere Aktion vorzuschlagen.

Die Aktion im Ruhrgebiet wurde bisher von Paris aus geleitet, und zwar durch ein Ministerkomitee, dem außer Poincaré die Minister der Finanzen, des Wiederaufbaues und der öffentlichen Arbeiten angehören, und zu dem andere Persönlichkeiten, wie der Kriegsminister, Marschall Foch und der Präsident der Reparationskommission Barthou sowie Ministerialdirektor Seydoux als Leiter der Sachverständigen nach Bedarf zugezogen wurden. Im besetzten Gebiet fehlte eine Oberbefehlsinstanz, da General Degoutte, der Rheinlandkommissar Tirard und der Leiter der Ingenieurkommission im Ruhrgebiet, de Lasteyrie, ihre Weisungen aus Paris erhielten und sich gegenseitig keine Vorschriften zu machen hatten. Während man nur in den industriellen Kreisen gern einen Fachmann mit der obersten Leitung der Aktion betraut sehen würde, wünscht ein Teil der Minister im Einverständnis mit den Nationalisten die Ernennung eines Generals zum Oberkommissar für das Rheinland und Ruhrgebiet.

Mit der Entsendung Le Trocquers und Weygands ist, wie es heißt, ein Wunsch des Präsidenten der Republik erfüllt worden, weil Millerand nach ihrem Bericht entscheiden will, in welcher Weise die Frage der einheitlichen Leitung der Aktion zu lösen ist. Millerand hatte gestern General Weygand vor der Abreise empfangen und ihm persönlich genaue Weisungen mit auf den Weg gegeben. Die extrem nationalistischen Organe äußern die Hoffnung, daß nach der Rückkehr der Untersuchungskommission die Ernennung eines „militärischen Diktators" für das besetzte Gebiet erfolgt. Kandidat für diesen Posten ist General Mangin.